Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 117 | Dresden, Dienstag den 20. Mai 1924 | 35. Jahrg.

Die Verständigungsgrundlage

Italien und Belgien für sofortige Durchführung des Sachverständigengutachtens

Nachdem sich die belgischen Minister Theunis und Hymans mit Poincaré auseinandergesetzt und mit Macdonald in London besprochen haben, sind sie nun auch mit Mussolini in Mailand zusammengetroffen und haben sich mit ihm über die schleunige Ausführung des Sachverständigengutachtens verständigt. Die Meldung besagt:

Mailand, 9. Mai. Bei der zweiten Besprechung, die zwischen Theunis, Hymans und Mussolini in der Präfektur stattfand, wurde der Wortlaut des folgenden amtlichen Berichts festgesetzt:

„Die belgischen Minister und der italienische Ministerpräsident stellen fest, daß die Reparationsfrage weiterhin eine ernste Quelle politischer Besorgnisse und wirtschaftlicher Krisen bleibt. Sie halten ihre unverzügliche Lösung durch Ausführung des Sachverständigengutachtens für notwendig, das die Grundlage für eine Verständigung darstellt, vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung loyal die notwendigen Maßnahmen trifft und ausführt.

Die Minister beschäftigten sich mit der Lage, die sich aus einer absichtlichen Verfehlung Deutschlands ergeben würde. Eine interalliierte Verständigung über diesen Punkt erschien ihnen möglich. Sie waren gleichermaßen der Ansicht, daß, sobald der Gedankenaustausch zwischen den alliierten Regierungen genügend fortgeschritten sei, die Einberufung einer interalliierten Konferenz wünschenswert sei, um die so vorbereitete Verständigung zu vollenden.

Die belgischen Minister und der italienische Ministerpräsident werden alles in ihrer Macht stehende tun, um unverzüglich zu einer Verwirklichung des Sachverständigengutachtens zu gelangen. Sie erkennen auf jeden Fall an, daß die Frage der interalliierten Schulden auch weiterhin mit einer vollständigen und endgültigen Regelung des Reparationsproblems verbunden bleibt."

•

Herriot für Räumung des Ruhrgebietes

Aus Paris wird berichtet: Der Führer der stärksten Fraktion der Kammer, der Vorsitzende der bürgerlichen Sozialistisch-Radikalen, Herriot, der kommende Ministerpräsident, hat einem Vertreter der Neuen Zürcher Zeitung folgendes erklärt: „Poincaré hatte die Reparationsfrage nicht erfaßt und sie nur in ihren juristischen, aber nicht in ihren wirtschaftlichen Faktoren gesehen. Wir müssen danach trachten, von Deutschland Garantien allgemeiner Art zu erhalten. Dieses System würde uns die vollständige Räumung des Ruhrgebiets erlauben von dem Augenblicke an, wo unser Guthaben gegenüber Deutschland irgendwie substantiiert oder internationalisiert ist. Es gibt keine andre Lösung, wenn wir nicht eine für den europäischen Frieden höchst gefährliche Lage schaffen wollen. Die Rechte Frankreichs können nur durch ein internationales Regime der Schiedsgerichtsbarkeit und der Sicherheit gesichert werden."

•

Nationalistische Tragikomödie

Paris, 19. Mai. (Eig. Drahtb.) Noch weit stärker als aus den dieser Tage veröffentlichten Erklärungen des Abgeordneten Renaudel geht aus den folgenden Aeußerungen, die der Abgeordnete Moutet dem Pariser Vertreter des Sozialistischen Parlamentsdienstes gegenüber machte, hervor, wie sehr die politische Entwicklung in Deutschland und Frankreich voneinander abhängen und sich wechselseitig einander bestimmen.

„Mit den Nationalisten in Deutschland gibt es für uns keine Verständigung, nur mit einer ebenfalls demokratischen Regierung in Berlin ist ein Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland möglich."

Das ist die Quintessenz, in der alle Gespräche mit den Politikern der Linken in Frankreich ausklingen, und die sich auch in dem folgenden Interview wiederfinden.

Im Verlauf der soeben beendeten Legislaturperiode und vor allem während der Wahlkampagne, führte Moutet aus, habe ich stets als einen der wesentlichsten Gründe für die Notwendigkeit einer Beseitigung des Nationalen Blocks angeführt, daß er in Deutschland die Geschäfte der Nationalisten betreibt. Wiederholt habe ich an das Wort meines Freunde Caillaux, den ich zu verteidigen die Ehre hatte, erinnert: **Die Nationalisten beider Länder bekämpfen sich und ziehen doch in Wirklichkeit an einem Strang.** Wie oft habe ich in meinen Wahlversammlungen Seite an Seite mit Herriot mich an den Kopf gefaßt und mit Erstaunen festgestellt, daß der Nationale Block seine Fehler so weit treibt, daß, wenn einst die Stunde für uns kommen werde, die Macht zu ergreifen, wir vor uns in Deutschland nur noch den Nationalismus finden, mit dem es für uns eine Verständigung nicht gibt. Ich habe stets ausgeführt, daß die wesentlichsten Garantien des Friedens für uns durch jene Massen repräsentiert werden, die in Deutschland den Umsturz hervorgerufen, die Republik vertreten und verteidigt haben, und daß wir ausschließlich uns mit dieser Masse verständigen können und wollen. Jede scheinbare Verständigung mit den andern könnte nur eine Täuschung sein und wir wollen nicht getäuscht werden. Der deutsche Großkapitalismus und Nationalismus wird in uns Gegner finden, und jene Nationalisten, die heute ihre Hetzereien und Demonstrationen von Tag zu Tag steigern, dürfen von uns nicht das geringste erhoffen. Wir wären ihnen gegenüber um so härter, als wir in den friedliebenden demokratischen, linksgerichteten und republikanischen Massen Deutschlands die Männer zu finden hoffen, die sich darüber klar sind, daß unser Kampf gegen den Militarismus und Nationalismus auch ihren Interessen und dem Interesse des Weltfriedens gilt.

Auf meinen Hinweis, daß die deutschnationale Presse vor und nach der Reichstagswahl wiederholt behauptet habe, die sogenannten nationalistischen Wahlen in Deutschland hätten den Gegnern Poincarés genutzt, indem sie die Massen des französischen Volkes stutzig gemacht hätten, antwortete Moutet mit einem lauten Lachen: Das ist ein Schwindel! In Wirklichkeit bildeten die deutschen Reichstagswahlen vom 4. Mai die größte Gefahr, der wir während unsres ganzen Wahlkampfes begegnet sind. Der Nationale Block hat vergeblich gesucht, sie wahlagitatorisch auszunutzen, indem er behauptete, die deutschen Wahlen seien absolut nationalistisch ausgefallen, und wahrscheinlich wäre die Niederlage des Nationalen Blocks noch größer gewesen, wenn dieser Ruck nach rechts nicht in Deutschland stattgefunden haben würde.

Die Taktik der Nationalisten in der französischen Regierung in den letzten Jahren bestand darin, in Frankreich und draußen zu erklären, daß das ganze Deutschland nationalistisch sei und die deutsche Republik, die deutsche Reichsregierung nur eine geschickte Vermummung (Camouflage) gewesen sei. Gerade in dem Augenblick, in dem wir durch unsre unermüdliche Propaganda das Gegenteil nachzuweisen vermochten, da drohten die erneuten nationalistischen Wahlen in Deutschland die Argumente unsrer Gegner zu bestätigen.

Auf meine Frage, was dieser tragikomischen Situation gegenüber zu tun sei, erwiderte Moutet: Wenn ich einen Wunsch aussprechen darf und das aus vollem Herzen, so wäre es der, daß in der Stunde, wo in England eine Regierung Macdonald am Ruder ist, in der Stunde, wo in Frankreich eine Linksregierung die Macht ergreifen wird, **die deutsche Demokratie die historische Bedeutung dieses Augenblicks erfasse und sie uns die Möglichkeit gebe, daß wir vor uns Männer finden, die die gleichen Ziele der internationalen Gerechtigkeit, der europäischen Demokratie und des Weltfriedens verfolgen.**

Der rote Terror in Rußland

In dem Augenblicke, wo Sowjet-Rußland einer Anerkennung de jure entgegengeht, wird das Problem des roten Terrors, als krassester Ausdruck der politischen Versklavung des russ. Hundertmillionenvolkes, besonders aktuell. Jenes Terrors, dem besonders die Sozialisten aller Schattierungen in Rußland ausgesetzt sind, deren Leiden und Qualen gerade in der letzten Zeit in ungeheurem Maße gestiegen sind. Die entferntesten Orte des tödlichen Nordens sind nicht weltentlegen genug, um der Sowjetregierung vor den wahrhaften Trägern des sozialistischen Gedankens das Gefühl der Sicherheit zu gewähren. Der Bund der Sozialistischen Sowjetrepubliken gibt dort die Vorkämpfer für Recht und Freiheit des russischen Volkes, die Arbeiter, Bauern und revolutionäre Intelligenz, dem Selbstmord, dem Hunger, den Krankheiten und dem Erschießen durch kriminelle Aufseher preis. Es ist, als wollten die Bolschewisten die schlimmsten Zeiten des Zarismus noch übertreffen.

Es wird öfter behauptet, die Erzählungen von den Greueln der russischen Gefängnisse, von dem blutrünstigen Wüten der Tscheka, von dem Aufleben der mittelalterlichen Folterungsmethoden seien nur Märchen, die von den weißgardistischen Feinden der Sowjetregierung verbreitet würden. Wie aber aus Anlaß des Prozesses der Sozialrevolutionäre das Buch „Die Tscheka" die wahren Verhältnisse offenbarte, so bringt neuerdings ein Historiker, der Professor S. Melgunow, dessen Buch in nächster Zeit auch in deutscher Sprache erscheint, Belege, die zum größten Teil aus der Sowjetpresse, aus Auslandsberichten offizieller Stellen und aus Bezeugungen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären herrühren.

Im Jahre 1918 nahmen die Verfolgungen der Sozialisten ihren Anfang. Die staatliche politische Verwaltung, eine direkte Fortsetzung der früheren „Tscheka", hat mit deren Beamtenapparat auch ihre Tradition übernommen. Wie diese Tätigkeit aussieht, läßt der vor einem Jahre begangene Selbstmord des Arbeiters Skworzoff ahnen. Skworzoff, Mitglied einer Regierungskommission, die die Revision der Tätigkeit der staatlichen politischen Verwaltung zur Aufgabe hatte, schied aus dem Leben, weil er — wie in einem hinterlassenen Briefe, einem erschütternden menschlichen Dokument, zu lesen war — sich als Kommunist mitverantwortlich fühlte für alle die Greuel und Schrecken, die im Namen der hohen Prinzipien des Kommunismus geschehen sind. Er fordert seine Genossen auf, „sich auf sich selbst zu besinnen und Marx' Namen nicht weiter zu schänden".

Eine weitere Zeugin ist die den Kommunisten nahestehende französische Schriftstellerin Odette Keene. In ihrem neuerdings erschienenen Buch schreibt sie: „Im Namen aller vernichteten Menschenleben, im Namen aller unter der Schreckensherrschaft in Rußland noch Lebenden, rufe ich die europäischen Regierungen auf, bei ihren Verhandlungen mit Sowjetrußland die Milderung des bestehenden Regimes als Vorbedingung zu stellen, eines Regimes, das der mittelalterlichen Hölle nicht nur gleichkommt, sondern sie sogar weit hinter sich läßt."

Die Organe dieser Hölle sind aber die frühere Tscheka. Nach dem Muster der Organe der französischen Revolution geschaffen, haben sie ihre Vorläufer weit in den Schatten gestellt. Die einzelnen Anordnungen des Volkskommissars des Innern, die Aufsätze in der offiziellen Partei- und Regierungspresse, die Aussprüche einzelner prominenter Führer des russischen Kommunismus, die Zirkulare der Tscheka, die selbst grausame Folterung zwecks Erzwingung von Geständnis und Aussagen als erlaubt anempfehlen, entfesselten nach dem unseligen Attentat auf Uritzky und Lenin und nach den weißgardistischen Abenteurern der ehemaligen zaristischen Generale ein derartiges Blutvergießen seitens der über ganz Rußland verbreiteten unzähligen Zweigorgane der allrussischen Tscheka, daß es einen bei der Lektüre der in diesem genannten Buche geschilderten Einzelheiten kalt überläuft. Vergewaltigte Frauen, erschossene Kinder, unschuldig hingerichtete Geiseln, die die Schuld ihrer Angehörigen zu büßen hatten, Massenabschlachtungen von Bauern und Arbeitern, unglaubliche Folterungen, teils mit speziell erfundenen Werkzeugen, bei lebendigem Leibe Begrabene und Verbrannte — man muß das Buch gelesen haben, um sich von all dem unaussprechbar Fürchterlichen, das im Namen des Proletariats geschehen konnte, eine Vorstellung machen zu können. Es war wie ein Blutrausch, der die ausführenden Organe erfaßt hatte. Frauen wurden zu Henkern, Henker verloren in dem von ihnen vergossenen Blute den Verstand, Geisteskranke verfügten über das Leben von Zehntausenden.

Es fehlte allerdings nicht an Stimmen selbst unter den Kommunisten, die gegen diese Schandtaten laut wurden. Rjasanow lehnte sich gegen die Todesstrafe auf. Der frühere Vorsitzende des Moskauer revolutionären Tribunals Djakonow brandmarkte in den Spalten der Iswestja die Tätigkeit der Tscheka, einige andre folgten seinem Beispiel. Der greise Anarchist Kropotkin schrieb aus Anlaß der Einführung des Geiselsystems in seinem berühmt gewordenen Brief an Lenin: „Hat sich denn niemand unter euch gefunden, der daran erinnert hätte, daß solche Mittel, die die Rückkehr der schlimmsten Zeiten des Mittelalters und der Religionskriege bedeuten, der Menschen unwürdig sind, die es unternommen haben, die zukünftige Gesellschaft auf kommunistischer Grundlage zu errichten?" Und Martoff, der zu früh verstorbene, durch die Bolschewisten in den Tod gejagte Führer

Der Arbeitszeitkampf im Ruhrgebiet

Zur Abwehr

Der gigantische Kampf, den die Bergarbeiter gegen den Versklavungsversuch der Zechenbesitzer auf sich genommen haben, läßt die Kommunisten nicht schlafen. Die Zechenbesitzer rechnen damit, daß die Bergarbeiter, vom Hunger zermürbt, durch innere Gegensätze zerrissen, über kurz oder lang zu Kreuze kriechen werden. Die Kommunisten tun alles, um auch hier den Unternehmern zu Hilfe zu kommen. Sie versuchen, die Hilfsaktion zur Unterstützung der ausgesperrten Bergarbeiter zu sabotieren. Nun melden sich auch die sogenannte Rote Gewerkschafts-Internationale und ihr Ableger, das Zentralkomitee der russischen Gewerkschaften. Sie veröffentlichen zwei Aufrufe, die sich in den üblichen Phrasen bewegen. Man wird aber vergebens in diesen Aufrufen etwas suchen, was nach einer praktischen Hilfsaktion aussieht.

Die russischen Emissäre reisen in Deutschland umher und bemühen sich, die Arbeiter gegen ihre Gewerkschaften aufzuputschen. Es werden „oppositionelle" Zellen gebildet, und wenn man glaubt, daß die Dinge reif dazu seien, geht man zu Gründungen von kommunistischen Organisationen über.

Diesem systematischen Verrat an der Arbeiterklasse muß ein Ende gemacht werden. Den kommunistischen Maulhelden, die nur Verwirrung in die Arbeiterschaft hineintragen und sie spalten, muß mit der nötigen Energie entgegengetreten werden. Das Unternehmertum sucht mit Zähigkeit den Arbeitern die in jahrzehntelangen Kämpfen errungenen Rechte und Freiheiten zu entreißen. Jeder Spaltungsversuch, jeder Versuch, die Arbeiterschaft gegen die Gewerkschaften und gegen die von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählten Führer aufzuputschen, ist eine Hilfsaktion für die Unternehmer. Die Arbeiterschaft muß alle diese Versuche mit Entschiedenheit zurückweisen. Die Bemühungen der Unternehmer werden nur dann scheitern, wenn sich die Arbeiterschaft entschlossen und geschlossen gegen alle Spaltungs- und Verwirrungsversuche zur Wehr setzt.

•

Gegen Gewaltakte

Essen, 19. Mai. (Eig. Drahtb.)

Die vier Bergarbeiterverbände veröffentlichen folgende Kundgebung:

An unsre Mitglieder!

In Belegschaftsversammlungen einzelner Zechen des Ruhrgebiets wurde beschlossen, mit allen Mitteln, ganz gleich, ob gesetzlich oder ungesetzlich, den gegenwärtigen Kampf zu verschärfen und die Notstandsarbeiten zu verhindern. Diese Beschlüsse werden von den unterzeichneten Organisationen aufs schärfste verurteilt. Sie stehen mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen in Widerspruch und dürfen unter keinen Umständen von den Bergarbeitern befolgt werden. Die Ruhrbergleute sind in den gegenwärtigen Kampf mit den Unternehmern hineingedrängt worden. Er kann nur zentral von den an dem Tarifvertrag beteiligten Organisationen geführt werden, deren Beschlüsse allein sind maßgebend und zu beachten. Es kann nicht Aufgabe einzelner Belegschaften sein, betreffs der Führung des Kampfes Beschlüsse zu fassen. Dadurch würde eine einheitliche Führung des Kampfes unmöglich gemacht. Die unterzeichneten Organisationen fordern ihre Mitglieder auf, nur an solchen Versammlungen teilzunehmen, die von diesen einberufen sind.

Die vier Bergarbeiterorganisationen.

(Weitere Meldungen siehe Seite 2.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240520/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG